

kaum fixierte - Zustimmung gab. Für jeden Einsichtigen war daher Berlin bis auf weiteres unbedingt der Sitz des Instituts, und dieser von den Berliner Stellen einhellig vertretene Auffassung verpflichteten in der Folge auch so gewichtige Stimmen wie die von A. Brackmann, einem der wenigen überlebenden Mitglieder der letzten ZD (Brief an mich vom 18.3.1946) und F. Panzer, Ehrenmitglied des Reichsinstituts (s. meinen Reisebericht an den Präsidenten der Berliner Akademie vom 13.7.46), ausdrücklich bei. Demgegenüber musste man den Eindruck gewinnen, dass die Absichten O. Meyers, der sich in seinem Memorandum auch wieder der von mir schon früher beanstandeten Bezeichnung "Berliner Reststelle" bediente, darauf gerichtet waren, in Bayern ohne jede Berücksichtigung der Berliner Rechtsansprüche vollendete Tatsachen zu schaffen. Jedoch überschätzte er das Gewicht und die Tragweite der Stellung, die er in Pommersfelden einnahm⁺, und wenn in seiner Konzeption vorgesehen war, dass bei den künftigen Verhandlungen mit den ändern Länderregierungen auch "das Institut" mitwirken solle, so übersah er vollkommen, dass dieses vorerst nicht funktionsfähig war und auch nach der Entlassung des Präsidenten aus der amerikanischen Haft noch längere Zeit, zumindest bis zu seiner Entnazifizierung funktionsunfähig bleiben musste. Denn im Statut von 1935 war eine Vertretung des Präsidenten so wenig durch eine Einzelperson wie durch ein kollegiales Organ vorgesehen, und gerade an dieser Stelle lag eine der grössten Schwächen in der ganzen Konstruktion des Reichsinstituts. Über die Einzelfrage hinaus aber offenbarte sich hier allerdings eine tiefgehende Divergenz der Anschauungen. O. Meyer und der hinter ihm stehende Th. Mayer waren im Grunde offenbar der Meinung, dass das Reichsinstitut, wenn man einige Schönheitsfehler seiner inneren Organisation beseitigte, im ganzen doch kontinuierlich weiterbestehen könne, während nach der in Berlin herrschenden Auffassung das Diktat von 1935 überhaupt keine gültige Rechtsbasis mehr darstellte. "Der Hauptgedanke (der Berliner Bemühungen) ist", schrieb F. Hartung am 25.5.1946 an W. Goetz, "die Gelegenheit zu benutzen, um nach der Politisierung unserer Forschungsanstalten in der Form von "Reichsinstituten" mit "Führern" wieder zu Formen zu gelangen, die den wissenschaftlichen Bedürfnissen entsprechen und dabei womöglich an alte Traditionen wiederanzuknüpfen". Das sog. Führerprinzip hatte nach der Auffassung des weitaus überwiegenden Teils der Fachgelehrten auf dem wissenschaftlich-organisatorischen Gebiet nicht weniger versagt als auf dem politischen. Wenn so gut wie überall an den Universitäten und Hochschulen die korporativen Rechte der Senate und Fakultäten wiederhergestellt wurden, musste also auch bei einem Institut von der Grösse und Bedeutung der MG die Rückkehr zur kollegialen Leitung und Verantwortung gefunden werden. Eine solche grundsätzliche Umgestaltung aber konnte nur vollzogen oder wenigstens angebahnt werden durch eine Instanz, die noch einen Rest von unangefochtener Autorität besaß und in diesem Moment wieder eine über die Zonen- und Ländergrenzen hinausgreifende Wirksamkeit zu ent-

+ Er war nicht, wie man nach dem Mitarbeiterverzeichnis der MG von 1969 annehmen könnte, Vertreter des Präsidenten, sondern nur mit der komm. Leitung der Dienststelle Pommersfelden betraut. (falten sarsich)